

Redebeitrag der Christlichen Initiative Romero zur Metro Aktionärshauptversammlung am 5. Mai 2010 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Sandra Dusch Silva, ich spreche mit Autorisierung des Dachverbandes der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Ich melde mich zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung: Entlastung des Vorstands sowie Entlastung des Aufsichtsrats der Metro AG.

Die Metro Gruppe hat einen Nachhaltigkeitsrat gegründet und Sie Herr Cordes haben betont, dass Nachhaltigkeit ein neuer strategischer Pfeiler der METRO Group ist. Die Metro Group gehört zu den Gründungsmitgliedern der Business Social Compliance Initiative, kurz BSCI, und verpflichtet die Lieferanten den BSCI-Verhaltenskodex zu beachten. Zahlreiche Arbeitsrechtsverletzungen zeigen jedoch, dass die im BSCI-Kodex festgeschriebenen Standards nicht umgesetzt werden: Nicht nur Hungerlöhne kennzeichnen die Situation bei den Zulieferbetrieben in Ländern des Südens, sondern ebenso illegale Entlassungen, extreme Kurzzeitverträge von einem Monat und Schwangerschaftstests im Vorfeld von Einstellungen. Bei Lidl, ebenfalls BSCI-Mitglied, reichte die Verbraucherzentrale Hamburg unterstützt durch die Kampagne für Saubere Kleidung jüngst Klage wegen unlauterem Wettbewerb ein, da die im BSCI-Kodex propagierten Standards in den Zulieferfabriken nicht umgesetzt wurden – mit Erfolg.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren BSCI als eine Initiative, die sehr vielen Unternehmen dazu dient, „greenwashing“ zu betreiben und die Öffentlichkeit zu täuschen. Zentrale Kritikpunkte:

- 1) Ein zentrales Instrument von BSCI ist die Durchführung von Betriebskontrollen (Audits) bei den Lieferanten ihrer Mitglieder. Der Akzent liegt auf Prüfung und Kontrolle, nicht auf Unterstützung der Produzenten bei der Umsetzung von Sozialstandards (z.B. Aufbau von Beschwerdesystemen, Schulung des Managements und Schulung der Arbeiterinnen durch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen).
- 2) Der Verhaltenskodex von BSCI verpflichtet die Fabriken nicht zur Zahlung eines Existenz sichernden Lohnes, sondern nur des im Lande geltenden Mindestlohns. Dieser aber reicht in vielen Produktionsländern nicht zum Überleben aus.
- 3) BSCI ist eine reine Unternehmensinitiative, bei der andere Parteien (Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen) kein Mitspracherecht haben.
- 4) BSCI ist nicht transparent: die Namen der Lieferanten werden nicht genannt, Berichte über Auditergebnisse von einzelnen Fabriken werden nicht veröffentlicht.

Das soziale Image eines Unternehmens wie der Metro Groupe wird immer wichtiger, VerbraucherInnen beziehen zunehmend mehr Informationen von Unternehmen über ihr Sozial – und Umweltverhalten in ihre Kaufentscheidungen ein. Auch AktionärInnen interessieren sich immer stärker für sozialverantwortliche Geldanlagen. Ratingagenturen bewerten Unternehmen anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren, wobei auch das soziale Engagement bewertet wird. Der Fachwelt ist klar, dass karitative Projekte, mit denen Sie sich gerne schmücken, leicht als Feigenblatt entlarvt werden. Glaubwürdigkeit entsteht nur da, wo Sozialstandards im Kerngeschäft berücksichtigt werden. Auf Metro übertragen heißt das: Einzelne Produkte aus dem fairen Handel in das Sortiment zu integrieren, macht Metro nicht zum sozialverantwortlichen Unternehmen, solange die anderen Produkte unter Verletzung von Sozialstandards hergestellt werden und Gewerkschaften und Betriebsräte unerwünscht sind.

Ich frage den Vorstand und den Aufsichtsrat der Metro AG:

- Welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, um nicht wie Lidl im Fokus der Kritik zu stehen und als Mitglied von BSCI mit einer Klage konfrontiert zu werden?

- Was sind die nächsten Schritte des Nachhaltigkeitsrats und von Ihnen Herr Cordes, um die Einhaltung von Sozialstandards in Ihren Zulieferbetrieben zu garantieren? BSCI stellt hierbei, wie bereits ausgeführt, keine umfassenden Lösungen zur Verfügung?
- Wie kommen Sie dem Wunsch zahlreicher KonsumentInnen nach Transparenz nach?

Solange die Sorgen über die Arbeitsrechtsverletzungen bei der Herstellung von Produkten der Metro-AG nicht ausgeräumt werden können und der Verdacht auf Greenwashing besteht, ist es mir nicht möglich, für eine Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrates zu stimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.